

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d



Inhalt

43. Jahrgang / 216

10. November 1988

Annemarie Renger MdB zu einem Besuch in Warschau, Krakau und Auschwitz/Birkenau: In schwerer Zeit am schweren Ort.

Seite 1

Gerhard Schröder MdL zur Lage in Niedersachsen: Ausnahmezustand in der Landespolitik.

Seite 3

Anke Fuchs MdB zur Arbeit der Deutschen AIDS-Stiftung: Solidarität mit den Infizierten und Erkrankten leisten.

Seite 4

Günter Topmann MdEP zum Beschluß der Bonner Koalition über die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe: Die Zielsetzung der EG-Harmonisierung ernst nehmen.

Seite 5

Prof. Monika Ganseforth MdB zur Arbeit der deutschen Botschaft in Ankara: Festgenommene Bundesbürger mußten lange auf Hilfe warten.

Seite 6

In schwerer Zeit am schweren Ort

Zu einem Besuch in Warschau, Krakau und Auschwitz/Birkenau

Von Annemarie Renger MdB
Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Besuche in Polen sind für deutsche Politiker nie „normale“ Besuche. Wenn man in einer Phase der politischen Entwicklung, die von Begriffen wie Reform und Öffnung charakterisiert wird, nach Polen reist, erhofft man zunächst diese Begriffe inhaltlich konkreter ausgestaltet zu bekommen.

Während meines jüngsten Polen-Besuches vom 5. bis 7. November 1988 hatte ich Gelegenheit, mit dem Sejm-Marschall (Parlamentspräsident) Roman Malinowski einen ausführlichen Meinungsaustausch zu führen.

Die von der gegenwärtigen Regierung und verschiedenen parlamentarischen Kommissionen ausgearbeiteten Reformgesetze im politischen Bereich (Wahlgesetz) wie im scheinbar immer schwieriger werdenden wirtschaftlichen Aufgabenfeld stellen einen ersten Schritt in eine Richtung auf politische Öffnung dar.

Die schwere Bürde der Verschuldung in einer Höhe von circa 37 Milliarden US-Dollar, die in Gesprächen immer wieder beklagte niedrige Produktivität und die galoppierende Inflation stellen dieses europäische Land vor schwere Zukunftsprobleme, die es nach meinen gewonnenen Eindrücken aus eigener Kraft kaum wird meistern können. Eine isolierte Betrachtung der Schuldenproblematik wird in polnischen Gesprächskreisen nicht betrieben. Die politisch gewollten Reformen, die dringend notwendigen wirtschaftlichen Veränderungen der Entscheidungs- und Durchführungsstrukturen lassen wohl auch bei dem wohlwollendsten Besucher nur einen gedämpften Optimismus aufkommen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltungsbüro
mit normaler Rohstoff-
Recycling-Papier



Nach den Besuchen in Warschau hat sich bei mir der Eindruck gefestigt, daß diesem Land und seinen Menschen langfristig und stetig geholfen werden muß. Hierzu sind mit Sicherheit alle westeuropäischen Staaten aufgefordert und bereit, schon um den „Preis“ einer auf Dauer angelegten Stabilität in Europa und dem Schritt für Schritt notwendigen Abbau der immer noch vorhandenen Ost-West-Spannungen, auch wenn diese im Vergleich zu anderen Spannungsgebieten dank einer auf Langfristigkeit und Stetigkeit angelegten westeuropäischen Entspannungspolitik, in der die deutsche Ostpolitik der 70er Jahre ein zentrales sozialdemokratisches Element darstellt, im politischen Bewußtsein unserer Völker stetig abnehmen.

Mein Besuch in der Volksrepublik Polen galt auch insbesondere dem Gedanken der Opfer der nazistischen Gewaltherrschaft, die mit dem Datum vom 9. November 1938 die „Endlösung der Judenfrage“ vorzeichnet.

Was in der Reichspogromnacht an verbrecherischem Geschehen begann, fand seinen in der Menschheitsgeschichte einmaligen Höhepunkt in der fabrikmäßigen Ermordung Millionen jüdischer Menschen in Auschwitz und Birkenau.

Bei der Niederlegung eines Kranzes zu diesem Zeitpunkt und an diesem Ort wird jedem geschichts- und verantwortungsbewußten Menschen die bleibende schwere Last bewußt.

Das Grauen der Verbrechen erschließt sich für viele erst nach der Konfrontation mit der in Augenschein genommenen Wirklichkeit.

„Auschwitz“ steht für den Begriff der Unmenschlichkeit. Wer dieser Tage die Gedenkstätte besucht, wird sich über die zahlreichen Kränze Berliner Sozialdemokraten ebenso wie der Gruppe der verfolgten Sozialdemokraten in der AvS gefreut haben, die eindrucksvoll in diesen Novembertagen auf die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen hinweisen. Ich sagte in Auschwitz den Satz von Kurt Schumacher: „Das Vergangene ist nie tot, es ist nicht einmal vergangen.“

(-/10.11.1988/vo-he/rs)

* * *

Ausnahmestand in Niedersachsen

Unsere Bürgerinnen und Bürger müssen jetzt eine Wahlentscheidung treffen

Von Gerhard Schröder MdL
Vorsitzender der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag

Die Auflösung des Landtages und Neuwahlen sind kein Akt parlamentarischer Normalität. Sie sind das verfassungsrechtliche Instrument, auf einen Ausnahmestand in der Landespolitik zu reagieren.

Diese Landesregierung taumelt von einem öffentlich werdenden Skandal in den nächsten. Die Kette der Skandale begann mit der einsamen Entscheidung des Ministerpräsidenten, an der Gefängnismauer in Celle 1978 eine Bombe legen zu lassen. 1978 wurde nicht nur eine Gefängnismauer beschädigt. Es begann die bis heute anhaltende Beschädigung des Rechtsstaates Niedersachsen.

Mit der Sprengung des Celler Lochs war auch für einige Beamte von Verfassungsschutz und Kriminalpolizei der Damm gebrochen. Jetzt schien alles möglich und alles wurde gedeckt. Das Landesamt für Verfassungsschutz setzte eine Agentin im Nahen Osten ein. Der niedersächsische Verfassungsschutz beschattete Journalisten und war dabei, Journalisten als V-Leute anzuwerben. Verfassungsschutzbeamte feierten fröhlich Feste bei einem Mann, der schon lange als DDR-Agent verdächtigt wurde. Führende Kriminalbeamte planten durch Kriminelle eine Fabrik anzufackeln, verlegten die Handlung dann nach Rhodos, wohin sie zwei kleine Gauner mit 380.000 DM Vorzeigegeld aus der Landeskasse lockten. Niedersächsische Kriminalbeamte waren ohne Wissen der dortigen Behörden im Ausland tätig.

Im Fall des Juweliere Düe und vielen weiteren Fällen dirigierte ein Privatdetektiv, Werner Mauss, die Aktionen. Er schien der eigentliche Polizeichef zu sein. Die niedersächsische Kriminalpolizei war in weiten Bereichen praktisch privatisiert.

Das Allerschlimmste dabei sind nicht einmal die Fehlleistungen der Führung des Innenministeriums. Das Schlimme sind die Strukturen, die dies ermöglicht haben und offenkundig weiter ermöglichen.

Der zurückgetretene Innenminister Hasselmann hat nichts von dem offengelegt noch verfolgt. Er hat gedeckt, er hat vertuscht. Daß der Innenminister dann auch noch vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuß log, ist die Spitze des Eisberges.

Die Frage der Glaubwürdigkeit dieser Regierung hat Hasselmann selbst auf den Punkt gebracht: „Wo leben wir denn“, so fragte er, „wenn man einer Nutte mehr glaubt als einem Innenminister und gestandenen Kriminalbeamten?“ Genau hier liegt das Problem: Dieser Regierung glaubt niemand mehr, weil ihr jeder alles zutraut.

In der Spielbankaffäre hat die Aufsicht des Innenministeriums krass versagt. Maßgebliche Mitglieder der Landesregierung haben sich im Umfeld des Spielbankbetriebes vom Kasinogeld und den reichlichen Spenden verführen lassen.

Die Einstimmenmehrheit dieser Regierung stützt sich auf einen wegen Wahlbetrags rechtskräftig verurteilten Abgeordneten, dessen Immunität bereits für ein weiteres Verfahren wieder aufgehoben wurde. Auch dies bezeichnet das Selbst- und Machtverständnis der Albrecht-Regierung. Niedersachsen braucht einen demokratisch legitimierten Neuanfang. Das Votum muß jetzt an die Wählerinnen und Wähler zurückgegeben werden.

Wenn Ernst Albrecht tatsächlich glaubt, mit diesem Machtgebaren „auf dem richtigen Weg ins 21. Jahrhundert“ zu sein, wenn er meint, die politische Lage in Niedersachsen sei zurückzuführen auf eine „Kampagne der linken Kampfpresse“, auf ein „Kesseltreiben“ der Opposition, dann bräuchte auch er Neuwahlen nicht zu fürchten. Dann müßte auch er dem Willen der Mehrheit der Menschen gerecht werden.

(-/10.11.1988/vo-ha/rs)

* * *

Mit Aufklärung und Beratung gegen AIDS

Eine Würdigung der Arbeit der Deutschen AIDS-Stiftung

Von Anke Fuchs-MdB
Bundesgeschäftsführerin der SPD

Die Bemühungen der Deutschen AIDS-Stiftung um Unterstützung HIV-Infizierter und AIDS-erkrankter Menschen sind nachhaltig zu begrüßen. Ich wünsche der Schachspiel-Aktion der Stiftung einen großen finanziellen Erfolg, damit die Förderung von AIDS-Forschung und soziale Einzel-fallhilfe verstärkt werden können.

Besonders möchte ich die Bemühungen der Deutschen AIDS-Stiftung unterstreichen, die weitere Ausbreitung von AIDS gemeinsam mit den Betroffenen auf kooperativem Wege zu begrenzen. Dieser Weg ist kürzlich auch von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Gefahren von AIDS und wirksame Wege zu ihrer Eindämmung“ als einzig erfolgversprechender Ansatz bestätigt worden. Da bis heute weder eine Immunisierung noch eine ursächliche Therapie möglich oder bekannt sind, ist die Prävention die gesundheitspolitisch vorrangige Maßnahme. Alle Verantwortlichen in Bund, Ländern und Gemeinden müssen Vorbeugung und Aufklärung intensiver als bisher betreiben.

Voraussetzung für eine erfolgreiche Aufklärung bleibt der Verzicht auf staatliche Zwangsmaßnahmen. Die Einführung einer Meldepflicht oder anderer Zwangsmaßnahmen würden die Bereitschaft jedes Einzelnen zu verantwortungsbewußtem Handeln gefährden. Es ist erfreulich, daß der Zwischenbericht der Enquete-Kommission auch dies hervorhebt.

Das gemeinsame Auftreten der im Bundestag vertretenen Parteien auf der heutigen Pressekonferenz läßt hoffen, daß über die Grundlinien der AIDS-Politik - von bayerischen Querschüssen abgesehen - ein breiter politischer Konsens fortbesteht. Allerdings muß auch bei dieser Gelegenheit betont werden, daß nach wie vor ein gemeinschaftliches Gesamtkonzept von Bund und Ländern zur AIDS-Bekämpfung fehlt. Ein abgestimmtes Vorgehen von Bund und Ländern ist besonders bei der AIDS-Vorbeugung im Drogenbereich geboten.

Unser gemeinsames Ziel muß auch sein, mehr Solidarität mit HIV-Infizierten oder AIDS-Erkrankten zu leisten. Diese Personen leiden sehr stark unter Wohnungsproblemen und mangelnder finanzieller Unterstützung. Kürzungen im Sozialbereich, wie durch das sogenannte Gesundheitsreformgesetz, treffen sie zum Teil härter als andere. Mehr Solidarität mit AIDS-Kranken und Infizierten heißt, sich auch in ihrem Interesse für die Erhaltung und Festigung des Sozialstaates einzusetzen.

(-/10.11.1988/vo-he/rs)

Die Zielsetzung der EG-Harmonisierung ernst nehmen

Zum Beschluß der Bonner Koalition über die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe

Von Günter Topmann MdEP

Erster stellvertretender Vorsitzender des Verkehrsausschusses des Europäischen Parlaments

Als Berichterstatter des Verkehrsausschusses für die Anlastung der Wegekosten begrüße ich grundsätzlich jeden Schritt, der uns einer europäischen Harmonisierung im Hinblick auf die Vollendung des Binnenmarktes im Jahre 1992 näher bringt. In diesem Zusammenhang habe ich selbst immer wieder betont, daß bei Verzögerungen der Harmonisierung auf EG-Ebene auch nationale Übergangsmaßnahmen gerechtfertigt sind, vorausgesetzt, sie entsprechen dem Grundprinzip, das nach den Vorschlägen der EG-Kommission die europäische Harmonisierung bestimmen soll, nämlich daß alle schweren Nutzfahrzeuge jeweils auf dem Territorium, auf dem sie Verkehrsleistungen tatsächlich erbringen, ihre Wegekosten decken sollen.

Das Europäische Parlament hat in der Vergangenheit insbesondere protestiert, wenn einzelne Mitgliedstaaten planten, ihr Haushaltsdefizit durch Erhebung von Straßenzöllen zu stopfen. Aber man wird es keinem Mitgliedstaat der EG verwehren können, zum Zwecke der Harmonisierung das Niveau seiner Kfz-Steuern auf das Niveau benachbarter Staaten herabzusetzen; ebensowenig wird man Einwände erheben können, wenn ein Mitgliedstaat in Angleichung an benachbarte Staaten dazu übergeht, die Wegekosten in größerem Umfang durch Straßenbenutzungsgebühren zu decken. Jede Behauptung, daß der Zweck einer solchen Umstrukturierung die Beschleunigung der europäischen Harmonisierung sei, wird aber unglaubwürdig, wenn eine solche Reform nicht - wie seit langem von den SPD-Politikern gefordert - aufkommensneutral durchgeführt wird, sondern dem Haushalt Hunderte von Millionen Mark an Mehreinnahmen zuführt. Wenn sich, wie aus den Veröffentlichungen über den Koalitionsbeschluß zur Einführung einer Schwerverkehrsabgabe in der Bundesrepublik hervorzugehen scheint, einer der wohlhabenden EG-Mitgliedstaaten anschickt, Unternehmen aus Nachbarländern zur Verbesserung der Haushaltslage heranzuziehen, ist es kein Wunder, daß in der EG ein Sturm der Entrüstung entsteht.

Deshalb appelliere ich an die Bundesregierung, die Zielsetzung der europäischen Harmonisierung ernst zu nehmen und bei der bevorstehenden Ausarbeitung des Gesetzentwurfes zur Schwerverkehrsabgabe auf zusätzliche Einnahmen für den Staatshaushalt zu verzichten; so daß für alle deutlich erkennbar wird, daß die Umstrukturierung der Abgabenlast ausschließlich die Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen im künftigen europäischen Binnenmarkt zum Ziele hat. (-/10.11.1988/vo-he/rs)

* * *

Schwerwiegende Pannen bei der Botschaft in Ankara

Festgenommene Bundesbürger mußten lange auf Hilfe warten

Von Prof. Monika Ganseforth MdB

Mitglied der Arbeitsgruppen Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion

Der deutschen Botschaft in Ankara sind im Zusammenhang mit der Festnahme von acht Deutschen, darunter zwei Landtagsabgeordnete, mangelndes Engagement und Fehleinschätzung der Situation vorzuwerfen. Die Betroffenen befanden sich zur Prozeß-Beobachtung in der türkischen Hauptstadt; ich selbst war im Auftrag der Arbeitsgruppe Menschenrechte der SPD-Bundestagsfraktion vor Ort.

Weil Teilnehmer einer griechischen Delegation am Dev-Yol-Prozeß ein Transparent entfaltet hatten, wurden die acht unbeteiligten deutschen Beobachter/innen, darunter zwei Landtagsabgeordnete, festgenommen. Während die Festgenommenen im Keller des Polizeigefängnisses festgehalten, verhört, teilweise brutal geschlagen wurden und sich in Ungewißheit über ihr weiteres Schicksal befanden, hätte die deutsche Botschaft alles unternehmen müssen, den Aufenthaltsort ausfindig zu machen, Kontakt zu ihnen aufzunehmen und sie so schnell wie möglich frei zu bekommen.

Statt dessen sind der Botschaft gravierende Pannen und Fehler unterlaufen.

Als ich die Botschaft von der Festnahme unterrichtete und bat, sich sofort mit den türkischen Ministerien in Verbindung zu setzen, wurde mir von verantwortlicher Seite der Botschaft gesagt, es sei gerade Mittagspause, niemand sei zu erreichen, die Festgenommenen sollten sich selber melden, damit man ihren Aufenthaltsort erfahre. Damit wurden im Wettlauf mit der Zeit, wegen des bevorstehenden Wochenendes, schwere Fehler gemacht.

Leider war der Botschafter während der Vorkommnisse nicht anwesend. Sein Vertreter, der Gesandte war krank, nahm aber von seiner Wohnung aus die Ermittlungen in die Hand. Als ich ihn anrief, um ihn zu nachdrücklichem Handeln zu drängen, stellte ich fest, daß ihm fast zehn Stunden nach der Festnahme lediglich bekannt war, daß zwei Landtagsabgeordnete festgenommen worden seien.

Wäre die Botschaft mit einer realistischen und nicht verharmlosenden Einschätzung der türkischen Polizei und Behörden und ihrem Umgang mit Menschen- und Bürgerrechten und mit dem gebotenen Nachdruck vorgegangen, hätte es vermutlich keine 15 Stunden gedauert, bis die Festgehaltenen freigelassen wurden.

(-/10.11.1988/vo-he/rs)